

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 14. Oktober 2019

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Projekt Breitspurbahn.

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom ... betreffend Projekt Breitspurbahn.

Seit geraumer Zeit wird das Projekt Breitspurbahn in der Öffentlichkeit, insbesondere in den betroffenen Gemeinden intensiv diskutiert. Die Berichterstattung in regionalen wie überregionalen Medien skizzierte bisher nur Teile des Projektes und ließ damit Raum für entsprechende Spekulationen in jegliche Richtung zu.

Um Klarheit zu erlangen und die Bürgerinnen und Bürger über das geplante Projekt entsprechend zu informieren, hat sich im Bezirk Neusiedl eine Bürgerinitiative gebildet, welche dem Projekt inzwischen ablehnend gegenübersteht.

Eine erste klare Auskunft gibt der von der ÖBB-Infrastruktur AG gemeinsam mit der RaumUmwelt Planungs-GmbH verfasste Umweltbericht (Kernstück der strategischen Prüfung im Verkehrsbereich):

„Trotz des Erfordernisses der Umspurung bzw. Verladung liegt im Schienengüterverkehr hohes Wachstumspotenzial. Derzeit stellt vor allem die ineffiziente Verknüpfung zwischen dem 1.520-mm-Schienennetz und dem 1.435-mm-Schienennetz ein Hindernis dar. Das liegt in erster Linie daran, dass die derzeitigen Verknüpfungsstellen der Netze abseits der europäischen Wirtschafts- und Logistikzentren liegen und somit unnötig oft und aufwendig zwischen Sender und Empfänger verladen, umgespurt oder umgereiht werden muss. (...)

Um dieses Potenzial auszuschöpfen, müssen die Schienensysteme effizienter verknüpft werden. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2008 die Breitspur Planungsgesellschaft gegründet. Sie ist ein Joint Venture der vier staatlichen Eisenbahnunternehmen der Staaten Österreich, Slowakische Republik, Ukraine und Russland. Diese Kooperation plant eine Verlängerung des 1.520 mm-Spurnetzes vom derzeitigen Endpunkt im ostslowakischen Košice in den Raum Wien.

Mit einem Hauptumschlagterminal östlich von Wien sollen Güter effizient und auf technologisch modernem Stand umgeladen werden, um eine neue Verknüpfung an der Schnittstelle von drei TEN-V Kernnetzkorridoren zu schaffen.

Der Standort östlich von Wien zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass er an insgesamt drei multimodalen TEN-V Kernnetzkorridoren liegt – Ostsee-Adria-Korridor, Rhein-Donau-Korridor, Orient / Östliches Mittelmeer-Korridor. Somit kann der Hinterlandverkehr dementsprechend direkt und in erster Linie über gut ausgebaute Eisenbahnverbindungen in den Rest Europas erfolgen.“

Auf slowakischer Seite wird aktuell das „Environmental Impact Assessment“ (EIA) durchgeführt, das einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Österreich entspricht. Aufgrund dessen wurde auch der Grenzübergabepunkt zu Österreich bei Kittsee determiniert. Auf österreichischer Seite erfolgt die Verankerung des österreichischen Teils der Strecke sowie des Terminals durch Erlassung einer Hochleistungsstrecken-Verordnung.

Das grundsätzliche Ansinnen die Transportnetze durch ein Hauptumschlagterminal länderübergreifend zu verbinden um damit den Gütertransport in noch höherem Maße auf die Schienen zu verlagern, ist im Sinne der Reduktion von umweltschädlichen Emmissionen auf den ersten Blick zu begrüßen und zu unterstützen.

Aufgrund der damit aber notwendigen baulichen Maßnahmen (Stichwort: Hauptumschlagterminal) und des zu befürchtenden zusätzlichen Straßenverkehrsaufkommens darf es nicht zu einer wesentlichen und dauerhaften Beeinträchtigung der Lebensqualität und Gesundheit der örtlichen Bevölkerung kommen.

In diesem Sinne hätten die Projektverantwortlichen bereits bisher die Bevölkerung (sowie die Gemeinden) entsprechend einbinden müssen. Es muss im weiteren Verlauf des Projektes jedenfalls auf die Bedenken und Befürchtungen der Bevölkerung eingegangen und ihre Anregungen aufgenommen werden.

Ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen das Projekt, sollte von deren Umsetzung Abstand genommen werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- alle betroffenen burgenländischen Gemeinden sowie die örtliche Bevölkerung umgehend und umfassend über die aktuellen und kommenden Schritte informiert und in alle Planungen künftig eingebunden werden.
- alle Maßnahmen zum Schutz von Lebensqualität und Gesundheit der örtlichen Bevölkerung in die Planungen einbezogen und die diesbezüglich seitens der burgenländischen Gemeinden bzw. der Bevölkerung vorgebrachten Interessen, Einwände und Willensbekundungen berücksichtigt werden.